

Lisa Bertrams

DIE BEZIEHUNG ZWISCHEN ÖSTER- REICH UND NICARAGUA

**Darstellung der österreichischen Entwicklungszu-
sammenarbeit in Nicaragua im Zeitraum von 2005 bis
2013**

Forschungsseminar Archive des Helfens? Schwerpunktländer und Part-
nerschaftsabkommen der österreichischen EZA, Studienjahr 2017

Wien, 2018

Die österreichische Zusammenarbeit mit Nicaragua zeichnete sich durch Anerkennung und Respekt aus. (IP7, 2017, Z. 108f.)

... „aber wir wussten, dass es politische Gründe [für die Schließung Nicaraguas als Schwerpunktland] sind. Das hat auch jeder gewusst.“ (IP7, 2017, Z. 281f.)

APPEAR – Ein Sonderfall im Geflecht der OEZA	31
3.2.3. <i>Veränderungen durch die Schließung von Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA</i>	33
4. CONCLUSIO	34
5. QUELLENVERZEICHNIS.....	37
5.1. LITERATURVERZEICHNIS.....	37
5.2. INTERVIEWVERZEICHNIS: INTERVIEWPARTNER_INNEN (IP).....	40
5.3. ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	40

Legende

AAA	Accra Agenda for Action
ADA	Austrian Development Agency (Agentur der OEZA)
ALBA	Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América
APPEAR	Austrian Partnership Program in Higher Education and Research for Development
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMEIA	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
DAC	Development Assistance Committee (OECD-Entwicklungsausschuss)
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-G	Entwicklungszusammenarbeitsgesetz
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional (Sandinistische Befreiungsfront)
IP	Interviewte Person (Interviewpartner_innen wurden anonymisiert)
KOBÜ	Koordinationsbüro
LAK	Region Lateinamerika und Karibik
LDC	Least Developed Country
NGO/ NRO	Non Governmental Organisation/ Nichtregierungsorganisation
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SICA	Sistema de la Integración Centroamericana (Zentralamerikanisches Integrationssystem)

1. Einleitung

Das in Mittelamerika gelegene Land Nicaragua wurde im Jahr 1992 offiziell zum ersten Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika (Hörtner, 2009; Slezak, 2010, S. 18) ernannt. Im Jahre 2013 wurde dieses wieder gestrichen.

Die vorliegende Arbeit dient zur Veranschaulichung der entwicklungspolitischen Veränderungen in der österreichisch-nicaraguanischen Partnerschaft im Zeitraum von 2005 bis 2013. Die zentrale Forschungsfrage lautet daher wie folgt: *„Inwieweit hat sich die entwicklungspolitische Beziehung zwischen Österreichisch und Nicaragua im Zeitraum von 2005 bis 2013 verändert?“* Um diese Forschungsfrage beantworten zu können, folgt zunächst ein kurzer polithistorischer Einblick in die Geschichte Nicaraguas. Im Anschluss daran wird sowohl die öffentliche als auch die private OEZA im zentralamerikanischen Land dargestellt. Um einen möglichst holistischen Einblick in die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern zu gewährleisten, werden zudem weitere wichtige inner- und außenpolitischen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel internationale Gemeinschaften und Abkommen, skizziert. Zentrale Rolle nimmt hierbei jedoch stets die politische Ausrichtung Nicaraguas ein, da diese einen maßgeblichen Einfluss auf die Partnerschaft hatte.

Als Anfangspunkt wird 2005 herangezogen, da hier die Pariser Deklaration verabschiedet wurde, welche als Ziel die Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt (AG Globale Verantwortung, 2016). Des Weiteren wurde 2005 der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik verabschiedet, „in dem erstmals eine gemeinsame Vision für die Maßnahmen der EU sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Ebene der Gemeinschaft für die Entwicklungszusammenarbeit dargestellt wird“ (Europäische Kommission, 2007b, S. 4). In diesem Dokument wird die Bedeutung der Partnerschaft betont, sowie auch die Wichtigkeit der „Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Achtung der Menschenrechte und Demokratie“ (Europäische Kommission, 2007b, S. 4). Das Jahr 2013 stellt für die Partnerschaft zwischen Nicaragua und Österreich einen entscheidenden Wendepunkt dar, da hier das zentralamerikanische Land aus der Liste der Schwerpunktländer der OEZA gestrichen wurde.

2. Polithistorische Einbettung - Nicaragua

Es folgt zunächst eine Einbettung des Forschungsthemas in den politischen Kontext Nicaraguas, da die innerpolitischen Entwicklungen im Land eine entscheidende Rolle für die (entwicklungspolitische) Partnerschaft(en) zwischen Nicaragua und der internationalen Community, wie zum Beispiel Österreich oder der EU, spielt. Da das Außenamt Österreichs bereits seit Ende der 1980er Jahre in der Hand der ÖVP ist und sich die ablehnende „Position der ÖVP gegenüber den Sandinismus und dem Post-sandinismus und Ortegaismus [nicht wirklich] dramatisch verändert [hat] in der Zeit“ (IP6, 2017, Z. 195ff.), wird in diesem Abschnitt die polithistorische Geschichte Österreichs nicht näher beleuchtet. Allgemein gesehen hat die österreichische Politik nach Kreisky nicht viel übrig gehabt für Länder, die gerade aus einem Befreiungskampf herausgekommen und mit den USA auf keinem grünen Zweig waren (IP7, 2017, Z. 134-146) – denn „Österreicher tun sich schwer, wenn jemand auf die USA schimpft“ (IP7, 2017, Z. 147).

Die innerpolitischen Entwicklungen im zentralamerikanischen Land vor der Deklaration von Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA spielten eine entscheidende Rolle für die gute Basis der Zusammenarbeit. Denn während die USA zwischen 1981 und 1990 mit Wirtschafts- und Handelsblockaden einen antisandinistischen Kurs gegen die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) unter der Präsidentschaft von Daniel Ortega (1985 bis 1990) fuhr (Slezak, 2010, S. 3), unterstützte Europa einen Friedensplan (Europäische Kommission, 2007b, S. 6; Slezak, 2010, S. 3), welcher durch Wahlen zu Verhandlungen und einem friedlichen Wandel führen sollte (Slezak, 2010, S. 3). Österreich zog sich unterdessen auf reine Diplomatie zurück, um somit nicht die Beziehung zu den USA zu gefährden (Slezak, 2010, S. 16). Die Unterstützung Europas in Nicaragua, so Slezak, führte 1990 zu international überwachten Wahlen, bei welchen das oppositionelle Bündnis *Unión Nacional Opositora* (UNO) unter Violeta Barrios de Chamorro mit 54,5% gewann (Slezak, 2010, S. 3). Laut Hödl war das besondere bei diesen Wahlen, dass diese „unter Beteiligung der pro-US-amerikanischen, der ‚Contras‘ nahe stehenden Opposition“ (Hödl, 2004, S. 35) stattfanden. Die Regierung Chamorro agierte den Auflagen der Internationalen Finanzinstitutionen entsprechend: sie versuchte durch marktwirtschaftliche Orientierung und Strukturanpassungsprogramme die Wirtschaft des Landes wieder in Schwung zu bringen (Slezak, 2010, S. 6). Im Jahr 1996 kam die *Alianza Liberal* (AL), welche vom erklärten Antisandinisten Arnaldo Alemán Lacayo angeführt wurde, an die Macht.

Die sich häufenden Korruptionsvorwürfe führten im Jahr 2001 zu einem Regierungswechsel. Hierbei wurde Enrique Bolaños Geyer, ein Kandidat des *Partido Liberal Constitucionalista* (PLC), als neuer Staatschef gewählt. Dieser beabsichtigte die guten Beziehungen mit den USA, welche bereits sein Vorgänger gepflegt hatte, weiterzuführen (Slezak, 2010, S. 2–6).

2.1. Nicaragua im Wandel: die Auferstehung des Phönix

Den größten politischen Wandel in Nicaragua gab es Ende des Jahres 2006, als bei den Präsidentschaftswahlen im November Daniel Ortega Saavedra wieder zum Präsidenten von Nicaragua gewählt wurde (Slezak, 2010, S. 4) und „wie der Phönix aus der Asche entstanden“ (IP3, 2017, Z. 93) im Jänner 2007 sein Amt wieder aufnahm.

Um nach 17 Jahren „rechter und neoliberaler Regierungen“ (Leonhard, 2006, S. 17) eine Wiederkehr an die Macht zu ermöglichen, ging Ortega auf einige zweifelhafte politische Deals ein und teilte zusammen mit dem Expräsidenten Arnoldo Alemán (aggressiver rechtspopulistischer Liberaler) die zentralen Institutionen Nicaraguas in einem Hinterzimmerabkommen zwischen Liberalen und Sandinisten auf (Leonhard, 2006, S. 17). Der Deal, auch „el Pacto“ (auf Deutsch „der Pakt“) genannt, gab ihm schließlich auch die Möglichkeit, mit nur 35% der Stimmen zum Präsidenten gewählt zu werden (IP3, 2017, Z. 89f.). Des Weiteren setzte der politische Opportunist auf Wunsch der Katholischen Kirche (vor allem verkörpert durch Miguel Obando y Bravo, dem schärfsten Gegner der Sandinisten) eine Verschärfung des Abtreibungsverbotes durch, wodurch eine Versöhnung mit den Bischöfen der Kirche erreicht werden konnte (Leonhard, 2017, S. 52; IP1, 2017, Z. 142-145; IP6, 2017, Z. 89ff.). Des Weiteren heiratete Daniel Ortega seine jetzige Ehefrau Rosario Murillo kurz vor den Wahlen. So wurde am Wahlsonntag – im Gegensatz zu den vorherigen Wahlen – von der Kanzel für das christliche Ehepaar Ortega eine Empfehlung abgegeben (IP6, 2017, Z. 85-88). Wie aus dem vorherigen hervorgeht, war Ortega seine Ideologie nicht so wichtig wie die Rückkehr an die Macht (IP1, 2017, Z. 138); er muss wohl zu Recht als politischer Opportunist gesehen werden (Leonhard, 2006, S. 16).

Das BMeiA reagierte auf diese Wiederwahl Ortegas und schrieb, dass dies „zu einer außenpolitischen Hinwendung zu Venezuela und Kuba“ (BMeiA, 2008a, S. 59) geführt habe. Innenpolitisch führte die Wiederwahl der Sandinisten zu einigen ‚Verbesserungen‘, wie zum Beispiel im Bereich der Armutsbekämpfung, der Bildung und des

Gesundheitswesens. Insgesamt sei die absolute Armut vor allem dank der hohen Exportpreise der wichtigsten Produkte verringert worden (IP6, 2017, Z. 112-116). Die Anführungszeichen der ‚Verbesserungen‘ sind in diesem Zusammenhang jedoch von Bedeutung, da zwar zum Beispiel die Basisversorgung im Gesundheitswesen gratis wurde, Medikamente jedoch teuer blieben. Im Bildungssektor wurde durch die Abschaffung von Schulgebühren vielen Schüler_innen ermöglicht, die Volksschule zu besuchen – doch die nötigen Investitionen in das Schulwesen, wie zum Beispiel in Schulbänke, blieben aus (Leonhard, 2006).

Der politische Umschwung in Richtung eines kommunistischen, chinesischen, bzw. eines eigens Ortega-Modells, führte zu einem markanten Bruch. Vor allem die Vorwürfe in Bezug auf Wahlfälschung bei Kommunalwahlen im Jahr 2008 führten dazu, dass die „Beziehungen zur internationalen Gebergemeinschaft aufgrund der innenpolitischen Entwicklung belastet“ (Slezak, 2010, S. 4) wurden. Die Sorge seitens des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und einiger EU-Mitgliedsstaaten – darunter auch Österreichs – war eindeutig: Die Abhaltung der Kommunalwahlen seien nicht den internationalen Standards entsprechend gewesen, wie auch Wahlbeobachter bestätigten. Nicht alle Leute konnten wählen gehen, Kuverts wurden dubios ausgezählt und auch im Wahlzentrren ging es nicht mit rechten Dingen zu (IP3, 2017, Z. 117-121). Die Hauptstadt „Managua ist bei den Kommunalwahlen 2008 ziemlich sicher an die Opposition gegangen[, doch] durch verschiedene Mechanismen wurde dieses Wahlergebnis korrigiert“ (IP6, 2017, Z. 49ff.). Seither sei es aber nicht besser geworden: „Die offiziellen Zahlen sind nicht vertrauenswürdig, sofern sie überhaupt bekannt gegeben wurden“ (IP6, 2017, Z. 52f.). In Nicaragua selbst führten die Vorwürfe bei den Kommunalwahlen zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Regierung und Opposition (BMeiA, 2009, S. 56ff.).

Als Konsequenz dieser Kommunalwahlen kam es zur Einstellung einiger (u.a. bilateralen) Partnerschaften und Budgethilfen in Nicaragua (Slezak, 2010, S. 4). Im gleichen Jahr, d.h. 2008, legten die USA und die Europäische Kommission ihre Entwicklungshilfe auf Eis. Erstere stellte 2009 ihre Entwicklungshilfe ganz ein (Hörtner, 2009; IP3, 2017, Z. 120f.). Laut Slezak sind die schwerwiegendsten Vorwürfe gegen die Regierung von Daniel Ortega unter anderem folgende: die bereits erwähnte „Wahlfälschung im Rahmen der Kommunalwahlen 2008 [und die] ständige Auseinandersetzungen mit der häufig das Parlament blockierenden Opposition“ (Slezak,

2010, S. 3). Im Gegensatz zu seinen Vorgänger_innen, richtete Ortega das Augenmerk der Außenpolitik vor allem auf Partnerschaften innerhalb Lateinamerikas (Slezak, 2010, S. 4) und mit Europa (Europäische Kommission, 2007b, S. 6).

Nicaragua sei sowohl politisch als auch sozial in zwei geteilt, betont Ralf Leonhard in einem 2009 erschienenen Artikel im Südwind. Einerseits gebe es Managua, wo der Eindruck vermittelt würde „das Land befinde sich am Rande einer neuen Familiendiktatur, die sich durch Wahlfälschung an der Macht hält, politische Gegner mit brutaler Einschüchterung zum Schweigen bringt und die politischen Freiräume der Zivilgesellschaft dramatisch einengt“ (Leonhard, 2009b). Auf der anderen Seite waren jedoch Menschen in kleinen Dörfern sehr dankbar für die von Ortega eingeführten Armutsbekämpfungsmaßnahmen, wie zum Beispiel „*Hambre Cero*“ („Null Hunger“). Aufgrund dessen sollte auch eher von Befürworter_innen und Gegner_innen der Regierung gesprochen werden, statt von Rechten und Linken, so Leonhard im Jahr 2009. Dadurch, dass vor der Machtergreifung Ortegas die oppositionellen Parteien zusammenarbeiten mussten, weil sie nicht alleine hätten regieren können, gab es ein politisches Gleichgewicht (IP6, 2017, Z. 47-51).

Der politische Umschwung 2006/2007 führte in Nicaragua weder in die eine, noch in die andere Richtung zu extremen Reaktionen, denn „[d]ie Sandinisten werden nicht mehr als revolutionäre Kraft wahrgenommen, sondern als normale Partei, die keinen politischen Kuhhandel scheut, wenn er der Absicherung der Macht dient“ (Leonhard, 2006, S. 14), schrieb Ralf Leonhard bereits 2006.

2.1.1. Wiederwahl(en) von Daniel Ortega

Im Jahr 2009 verkündete der oberste Gerichtshof in Nicaragua die Aufhebung des Wiederwahlverbotes des Staatspräsidenten. Dieses umstrittene Urteil (BMeiA, 2010, S. 68) wurde dahingehend begründet, dass dies nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz übereinstimmen würde – denn schließlich könnten Abgeordnete und Bürgermeister wiedergewählt werden (IP6, 2017, Z. 158-154). Ende 2013 wurde dies durch die Nationalversammlung in der Verfassung verankert: der Präsident Nicaraguas konnte somit ab diesem Zeitpunkt unbegrenzt wiedergewählt werden (BMeiA, 2014, S. 128). Doch der Präsident hielt sich nicht nur selbst an der Macht, sondern auch seine Familie. Deren Angehörige wurden nach und nach in einflussreiche Positionen gesetzt (Leonhard, 2017, S. 48).

In der medialen Berichterstattung über die politische Ausrichtung Nicaraguas finden sich zahlreiche Publikationen von der Tagesschau (Mellmann, 2016), dem Spiegel („Nicaragua: Ortega feiert umstrittenen Wahlsieg“, 2011, „Nicaragua: Rückkehr der Rebellen“, 2013) oder im Standard (Redaktion der Standard, 2007; Weiss, 2011). In Nicaragua selbst sieht die Berichterstattung in den Medien etwas anders aus, denn die Medienlandschaft ist vor allem in den Händen der Familie Ortega. Durch diese Positionen – vor allem der Söhne von Ortega – gibt es ein entsprechendes regime-treues publizistisches Echo im Land (IP1, 2017, 130f.; IP3, 2017, 164-169). Der Einfluss der wenigen Privatkanäle, die es noch gibt, ist verschwindend. Auch wenn es in der Stadt auch Zugang zu anderen Medien gibt, herrscht am Land die Regierungspropaganda (IP6, 2017, Z. 95-102).

Eine noch wichtigere Rolle als die Söhne von Ortega hat dessen jetzige Frau, Rosario Murillo (IP1, 2017, Z.142-146). Gegen sie können keine wichtigen Entscheidungen getroffen werden (IP6, 2017, Z. 283). Mit anderen Worten, auch wenn Daniel Ortega seit 2006 bzw. 2007 als Alleinherrscher gesehen werden kann, wird von vielen seine Ehefrau, Rosario Murillo, als die treibende Kraft bezeichnet (Leonhard, 2009; IP3, 2017, Z. 103-108). Bestimmend dafür war die Öffentlichmachung der Stieftochter Zoilamérica Narváez, dass sie als Kind von Daniel Ortega missbraucht worden sei. Rosario Murillo leugnete dies und deckte somit Daniel Ortega. Im Gegenzug verlangte sie jedoch ihren Eintritt in Entscheidungspositionen. „Seit diesem Zeitpunkt sagt man, dass sie die Hosen an hat“ (IP3, 2017, Z. 106): Er ist eher eine Gallionsfigur, die außenpolitisch relevant ist, doch die Regierung managt sie (IP3, 2017, Z. 107f.). Sie ist omnipräsent, während er kaum mehr in der Öffentlichkeit auftritt (IP6, 2017, 271f.) und als *secretaria de la comunicación* (Kommunikations- und Verkehrsministerin) und Vizepräsidentin kann sie ihre Macht demonstrieren und ausüben (IP3, 2017, Z. 112f.). So verlangte sie zum Beispiel vom Leiter der *Cero Hambre* Kampagne nach einer nicht abgesprochenen Pressekonferenz seinen Rücktritt. In Nicaragua herrsche ein Köpferollen, weswegen auch die Opposition nie stark genug werden konnte (IP3, 2017, Z. 158ff.; IP6, 2017, Z. 270f.).

Ralf Leonhard bezeichnet die Politik Nicaraguas als eine gelenkte Demokratie eines politischen Opportunisten und vergleicht dies mit jener von Wladimir Putin in Russland, Erdoğan in der Türkei und dem bereits verstorbenen Hugo Chávez aus Vene-

zuela (Leonhard, 2017, S. 43). Gemeint sei hiermit nicht nur, dass die Ergreifung und Erhaltung der Macht stärker ist als Ideologie, sondern auch, dass Ortega immer tatsächlich gewählt werden würde, dies jedoch „angesichts einer nicht vorhandenen Opposition [...] ziemlich relativ“ (IP6, 2017, Z. 65f.) sei. Die Opposition wurde ausgeschaltet, indem zum Beispiel Parteien wegen angeblicher Formfehlern verboten wurden oder Parteivorsitzende per Gerichtsbeschluss ausgetauscht wurden (IP6, 2017, Z. 70ff.). Dadurch, dass die Regierungsführung unter anderem mit den genannten Mechanismen die Opposition nach und nach zertrümmert, gibt es heute praktisch keine Opposition mehr (IP6, 2017, Z. 47-51).

3. Österreichische EZA in Nicaragua

Im folgenden Abschnitt wird zunächst die Struktur der OEZA umrissen und im Anschluss die OEZA in Nicaragua beleuchtet.

3.1. Abriss der Struktur der OEZA: Die Eckpfeiler

Der österreichische politökonomische Kontext spielt eine (im Falle Nicaraguas) latente Rolle für eine OEZA und infolgedessen für die Partnerschaft, denn eine „[w]irksame gesamtstaatliche Entwicklungspolitik braucht sowohl eine effiziente Zusammenarbeit aller AkteurInnen als auch Kohärenz im Interesse der Entwicklung mit anderen Politiken“ (BMeiA, 2016, S. 21) – und dies sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Bei der Strategieentwicklung und geographischer Programmierung stimmt sich die ADA, welche 2004 durch die Trennung der operativen Agenden von der Entwicklungshilfe-Sektion (Sektion VII) gegründet wurde (IP7, 2017, Z. 15ff.), unter anderem mit österreichischen Partnern, den jeweiligen Partnerländern und im EU-Rahmen ab (BMeiA, 2012b, S. 33). Das jeweilige Dreijahresprogramm der ADA wird vom BMeiA erstellt und lichtet den strategischen Rahmen auf nationaler Ebene ab (ADA, 2009, S. 5). Landes- und Regionalstrategien sowie das EZA-G sind weitere Eckpunkte der österreichischen Entwicklungspolitik. Die Strategieentwicklung hängt wiederum sowohl von den Strategien auf EU-Ebene ab, als auch von den jeweiligen Strategien des Partnerlandes. Letzteres ist von großer Bedeutung, da somit die das eigenverantwortliche Handeln der Partnerregierungen gefördert werden soll und die Nachhaltigkeit der Projekte gestärkt wird (IP7, 2017, Z. 22-32), da somit auch die jeweiligen zuständigen Personen „Verantwortung und Geld einbringen“ (IP7, 2017, Z. 32). Des Weiteren wird von Anfang an der Kontakt mit der Zivilgesellschaft (zum Beispiel mittels Universitäten) gepflegt um somit jene Strate-

gien entwickeln zu können, welche das Leben der Bevölkerung verbessern würde. Um die Entwicklungen der Projekte genau beurteilen zu können, wird vor allem inzwischen „sehr viel evaluiert“ (IP7, 2017, Z. 197f.).

Auf der internationalen Ebene bildet die *Paris Declaration on Aid Effectiveness*, auf welche im Laufe der vorliegenden Arbeit näher eingegangen wird, einen entscheidenden Rahmen. Die Einbettung der operativen Ebene der OEZA in ihren nationalen und internationalen Rahmen ist in der folgenden Grafik (siehe Abbildung 1) dargestellt:



Abbildung 1: BMeiA „Eine gemeinsame Entwicklungspolitik“, Dreijahresprogramm 2016 - 2018, S. 22

Oliver Rathkolb beschreibt den Zusammenhang Österreichs mit der Europäischen Union wie folgt: „Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist die österreichische Außenpolitik primär Richtung Brüssel ausgerichtet, globale Themen beziehungsweise außerhalb des EU-Diskurses angesiedelten internationale Fragen [...] bleiben marginalisiert“ (Rathkolb, 2011, S. 223). Laut Rathkolb ist daher der in der EU vorherrschende Diskurs in Bezug auf wirtschaftliche und ökonomischen Fragen von großer Relevanz (Rathkolb, 2011, S. 223). Auch in Bezug auf die OEZA in Nicaragua spielen die Vorkehrungen, die politische Ausrichtung der EU eine maßgebliche Rolle (IP3, 2017, Z. 137ff.).

Bereits an dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die EZA allgemein nicht als partnerschaftliche Verbindung auf Augenhöhe gesehen werden kann (auch wenn die Beziehung in der vorliegenden Arbeit als „Partnerschaft“ bezeichnet wird), denn die Geber haben die Rolle der Finanziers und Kontrolleure. Des Weiteren befinden sich Geber in einer Zwickmühle, denn während sie auf der einen Seite den Steuerzahlern des Landes rechenschaftspflichtig sind, wollen sie auf der anderen Seite die Eigenverantwortung der Partnerländer fördern (IP4, 2017, Z. 264-271). Doch auch wenn es sich um keine Partnerschaft auf Augenhöhe handeln kann, so kann diese doch von Gemeinschaftlichkeit und gegenseitigem Respekt zeugen – so wie es auch in Nicaragua der Fall war (IP7, 2017, Z. 227-230).

3.2. OEZA in Lateinamerika und Nicaragua

Den Beginn der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Partnerschaft zwischen Österreich und Nicaragua datiert Leonhard auf das Jahr 1979, als die Sandinisten siegreich in Managua einmarschierten (Leonhard, 2009a, S. 16). In den folgenden Abschnitten wird die Zusammenarbeit zwischen Nicaragua und Österreich im Zeitraum von 2005 bis 2013 auf zwei Ebenen beleuchtet: zunächst die öffentliche internationale und bilaterale EZA und im Anschluss die private OEZA in Nicaragua.

3.2.1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

3.2.1.1. Internationale Organisationen, Partnerschaften und Konsenspapiere

Aus den zuvor genannten Gründen lässt sich bereits erkennen, dass beim Thema der Partnerschaft nicht nur die politökonomischen Rahmenbedingungen Österreichs und Nicaraguas eine entscheidende Rolle bei entwicklungspolitischen Verhandlungen gespielt haben, sondern auch jene der EU und Zentral- bzw. Lateinamerikas. Im Allgemeinen tragen nämlich Regionalprogramme „der wachsenden Bedeutung grenzüberschreitender regionaler Netzwerke Rechnung und haben entwicklungspolitische Herausforderungen zum Inhalt, die sich auf Basis nationaler Programme nicht lösen lassen“ (BMeiA, 2012b, S. 32). Somit müssen auch diese bei einer Darstellung der OEZA in Nicaragua mit einbezogen werden. Dadurch, dass für Österreich „[d]ie Abstimmung mit multilateralen Akteuren (VN, IFIs, EU) [...] im Sinne einer Politikkohärenz von steigender Bedeutung“ (BMeiA, 2011b, S. 5) ist, spielen auch internationale Konsenspapiere eine große Rolle. Einen besonderen Stellenwert nehmen hierbei die *Pariser Deklaration* aus dem Jahr 2005 und die *Accra Agenda for Action (AAA)* von 2008 ein.

In den folgenden Abschnitten werden die in diesem Kontext relevanten Süd-Süd Kooperationen, biregionalen Partnerschaften und internationale Konsenspapiere näher zu beleuchten sein.

3.2.1.1.1. Lateinamerikas „Süd-Süd-Kooperationen“ und die Involviertheit der OEZA

Wie bereits erwähnt spielte nicht nur die nationale, sondern auch die supranationale Ebene eine Rolle bei der Partnerschaft zwischen Österreich und Nicaragua im Zeitraum 2005 bis 2013. Indem Österreich nicht nur Nicaragua als Schwerpunktland definiert hatte, sondern auch Zentralamerika an sich als Schwerpunktregion, verfolgte die ADA das Ziel der Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Integrationsprozesses in Zentralamerika (BMaA, 2006b, S. 21, BMeiA, 2011b, S. 18). Hierbei wurde seitens der Mitarbeiter_innen immer darauf geschaut, dass ihrer jeweiligen Schwerpunktregion möglichst große finanzielle Mittel zur Verfügung standen (IP7, 2017, Z. 71f.). Alle Projekte von Regionalorganisationen, die von der OEZA gefördert werden, mussten allerdings laut der ADA „einen lokalen Partner einbeziehen und [...] mit den nationalen Regierungsstellen abgestimmt“ (ADA, 2007, S. 14) sein.

In dieser Region spiel(t)en mehrere Süd-Süd-Kooperationen bzw. Integrationsbemühungen eine wichtige Rolle für die regionale Entwicklung. Für diese waren (und ist zum Teil) die linksorientierte bzw. progressive politische Tendenz, welche sich in den Nullerjahren in der Region Lateinamerika herauskristallisiert hat, von großer Bedeutung. Es ist jedoch wichtig an dieser Stelle anzumerken, dass diese Begrifflichkeiten in Lateinamerika eine andere Ausgangsbasis haben als in Europa. Aus diesem Grund wird auch von der sogenannten Rosa Welle gesprochen wenn es um die Linkswende in Lateinamerika in den Nullerjahren geht, denn es waren nicht Sozialstaaten wie jene nach europäischen Maßstäben, sondern eher rudimentäre Sozialstaaten, weswegen die Regierungsführenden auch zum Teil als „weichgespülte Sozialdemokraten“ bezeichnet wurden/werden (IP1, 2017, Z. 20-44).

Seit 2007 ist Nicaragua Teil der internationalen Gemeinschaft ALBA. Die *Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* (BMeiA, 2010, S. 67) wurde mit dem Ziel gegründet „[g]emeinsame Standpunkte und politische Positionen gegenüber Internationalen Organisationen (wie UNO, OAS, EU etc.) [zu erarbeiten] und im Hinblick auf regionale Bedürfnisse, Konflikte und andere Entwicklungen“ (Görgl,

Imhof, Jäger, & Leubolt, 2011, S. 84f.) abzustimmen. Auch wenn die von Venezuela gestartete Gemeinschaft nicht als kapitalistisches, sondern als solidarisches Wirtschaftsbündnis gedacht war, so stellte dies doch auch einen Versuch einer politischen Einheit dar (IP1, 2017, Z. 76-82) – doch für Nicaragua war und ist vor allem das Erdöl Venezuelas von zentraler strategischer Bedeutung (IP3, 2017, Z. 2015f.; IP6, 2017, Z. 24). Generell holte und holt sich Ortega Unterstützung von ähnlich orientierten Ländern in Lateinamerika wie zum Beispiel von Venezuela und Kuba (IP4, 2017, Z. 232). Auf regionaler als auch auf internationaler Ebene sollte der ALBA Block eine gemeinsame politische Stimme haben, welche eine Transition zum Sozialismus als Ziel habe. Aufgrund dessen würden auch alle ALBA-Staaten einen gemeinsamen Entwicklungsweg gehen müssen, wurde beim neunten Gipfeltreffen im Jahr 2010 betont (Görgl u. a., 2011, S. 85).

Bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Bestehen von ALBA und der politischen Affiliation des demokratisch gewählten Regierungsführers sind Görgl, Imhof, Jäger und Leubolt der Meinung, dass eine Abwahl von Morales (Bolivien), Chávez (Venezuela) oder Ortega (Nicaragua) „mit großer Wahrscheinlichkeit den sofortigen Austritt des jeweiligen Landes nach sich ziehen“ (Görgl u. a., 2011, S. 84) würde. Somit sei eine klare und einheitliche politökonomische Tendenz der Mitgliedsstaaten erkennbar. Doch auch wenn sich Ortega vor allem in der ALBA-Gemeinschaft zuhause sieht, wird ihm sogar unter den linken Regierungen Lateinamerikas oftmals mit Zurückhaltung begegnet, denn „die meisten sind sich schon im Klaren, dass es im Grunde eine autoritäre Herrschaft mit revolutionärer rhetorischer Verbrämung“ (IP6, 2017, Z. 132f.) ist. Dadurch, dass in Lateinamerika mehrere linksorientierte Regierungen an der Macht waren, wurden auch weitere Integrationsbemühungen ins Leben gerufen (IP1, 2017, Z. 83ff.).

Eine dieser Organisationen, welche die regionale Integration auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Ebene verdeutlicht, ist die 2011 gegründete Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten, CELAC (*Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*) (BMeiA, 2012a, S. 129). Da die EU der größte Investor in der Region ist, gilt CELAC als ein wichtiger Wirtschaftspartner der EU (BMeiA, 2014, S. 124).

Die regionale Dachorganisation SICA (*Sistema de Integración Centroamericana*) wurde von zentralamerikanischen Ländern mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Integration und sozialem Zusammenhalt gegründet. Die zwischen SICA und der EU abgestimmte regionale Strategie verfolgte zusätzlich die Absicht einer verstärkten Einbeziehung der Zivilgesellschaft beim Integrationsprozess und den Aufbau regionaler Strukturen (BMeiA, 2008b, S. 23). Laut der ADA wird durch „[d]ie Verwaltung des OEZA-Beitrags durch die Regionalorganisation“ (ADA, 2007, S. 14) SICA, die Eigenverantwortung der Partner gestärkt. Die OEZA hat als Ergänzung zur biregionalen Zusammenarbeit zwischen der EU und LAK, Zentral- bzw. Lateinamerika auch regionale (Fach-)Organisationen und zivilgesellschaftliche Institutionen unterstützt, die auf regionaler Ebene agierten bzw. noch agieren. Diese Zusammenarbeit sollte zusätzlich durch eine Arbeitsteilung mit anderen bi- und multilateralen Gebern intensiviert werden und fand, je nach Themenbereich (wie zum Beispiel Wirtschaft oder Menschenrechte), mit bestimmten regionalen Organisationen - wie der SICA (BMeiA, 2008b, S. 24) statt.

3.2.1.1.2. Europäische Ebene

Ein relevantes Dokument auf der Ebene der Europäischen Union stellt das Länderstrategiepapier der Europäischen Kommission dar, denn dieses ist „[d]as wichtigste Element der Strategie der EG für den Zeitraum 2007-2013“ (Europäische Kommission, 2007a). Bei der Partnerschaft solle insbesondere die regionale Integration, sozialer Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gefördert werden (Europäische Kommission, 2007b, S. 6). Das Länderstrategiepapier für Nicaragua hebt hervor, dass die Beziehung nicht nur auf einer finanziellen Unterstützung beruht, sondern vor allem als politischer Dialog aufgenommen werden sollte (Europäische Kommission, 2007a, 2007b, S. 6). Es ist jedoch zu erwähnen, dass „Politikdialog“, so Hödl, zu Beginn der 1990er Jahre als „politische Konditionalität“ gesehen wurde. Durch diese Form der Beziehung „sollte mit Hilfe von Instrumenten wie Entwicklungshilfe oder internationale Abkommen [...] Einfluss auf die entsprechenden Regierungen genommen werden“ (Hödl, 2004, S. 60). Was die Europäische Kommission genau unter dem Begriff eines politischen Dialogs versteht ist jedoch unklar. Im Länderstrategiepapier der Europäischen Kommission wird zwar der Anschein erweckt, dass unter einem politischen Dialog eine Zusammenarbeit bei einem Treffen gemeint ist, bei welchem bestimmte Themen, so wie beispielsweise Multilateralismus oder

regionale Integration, besprochen wird; aber definiert wird dieser Begriff nicht (Europäische Kommission, 2007b).

Außer der Erarbeitung der Länderstrategie organisiert die Europäische Kommission auch EU-Wahlbeobachtungsmissionen, um damit die Umsetzung der EU-Menschenhandelspolitik zu fördern. Im Jahr 2006 wurden im Zuge dessen auch Wahlbeobachter_innen aus Österreich nach Nicaragua geschickt, um die dortigen Wahlen, durch welche Daniel Ortega nach 17 Jahren wieder an die Macht kam, zu beobachten (BMeiA, 2007, S. 171). Nach den bereits erwähnten ominösen Kommunalwahlen stellte sich schnell heraus, dass die Antipathie zwischen Europa und Nicaragua beidseitig war. Auf der einen Seite ist Ortega „für die EU ein linker Teufel“ (IP3, 2017, Z. 174) – auch teilweise weil die EU der US-Politik entsprechend handelt. Andererseits sei auch die EU für Ortega ein „no-go“ (IP3, 2017, Z. 180), weil diese ihn kritisiert und Versprechungen macht, die nicht eingehalten werden. Aufgrund dieser Antipathie war es beispielsweise nicht gut angesehen, wenn die Flagge der Europäischen Gemeinschaft bei den von ihr mitfinanzierten Entwicklungsprojekten für indigene Völker offensichtlich verwendet wurde (IP3, 2017, Z. 179).

3.2.1.1.3. Biregionale Partnerschaft

Die biregionale Partnerschaft, so das BMaA, sollte komplementär zu der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der EU und der Region LAK verstanden werden (BMaA, 2006a, S. 55). Auch der Europäische Konsens besagt, dass EZA „eine zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeit“ (Europäisches Parlament, Rat, & Kommission, 2006, S. 1) ist. Dennoch ist es „ein Kennzeichen der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte, dass es immer mehr in Richtung dieser Blöcke geht“ (IP1, 2017, Z. 97f.), denn (nur) durch die Formierung als Block und eine gewisse Abschottung von anderen Blöcken ist es möglich, bei Verhandlungen als Gegenmacht gesehen zu werden und bessere Konditionen auszuhandeln (IP1, 2017, Z. 92-97).

Die biregionalen Beziehung konnten sich entweder spezifisch auf die Region LAK beziehen, auf Zentralamerika oder Lateinamerika im Allgemeinen. In Bezug auf die Erstere heißt es beispielsweise, dass seit dem ersten biregionalen Treffen im Jahr 1999 in Rio de Janeiro die Gipfeltreffen die strategische Richtung der biregionalen Beziehungen vorgeben (BMeiA, 2007, S. 61). Seit dem 4. EU-LAK Gipfel in Wien,

welcher 2006 stattfand, wurde zwischen Österreich und LAK eine stetige Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen verzeichnet (BMeiA, 2014, S. 125). Diese Partnerschaft dient vor allem dazu rechtliche Rahmenbedingungen, im Sinne von Assoziierungs- und Wirtschaftsabkommen, schaffen zu können (BMeiA, 2014, S. 125). Vor dem EU-LAK Gipfeltreffen fand in Wien das zentralamerikanische Forum zur EZA-Harmonisierung und Anpassung in der Region statt. An diesem Treffen nahmen sowohl regionale Institutionen als auch Vertreter_innen zentralamerikanischer Staaten mit dem Ziel teil, die Aktivitäten der internationalen EZA auf regionaler Ebene zu harmonisieren und anzupassen (BMeiA, 2007, S. 318). Dies war das erste Gipfeltreffen, bei welchem Harmonisierung ein Gipfelthema war. Zu Recht, denn „Nicaragua war vorbildlich wo es um die Harmonisierung ging“ (IP7, 2017, Z. 83).

Im gleichen Jahr, nämlich 2006, wurde beim 2. EU-Zentralamerika-Gipfel in Wien, bei dem Staats- und Regierungschefs Zentralamerikas und der EU anwesend waren, die Bedeutung der biregionalen Zusammenarbeit hervorgehoben. Ziel dieser Partnerschaft, so hieß es im aus dem Gipfeltreffen hervorgegangenen gemeinsamen Communiqué, sei ein „engerer sozialer Zusammenhalt, einschließlich einer verantwortungsvollen Staatsführung, sowie eine vertiefte regionale Integration in Zentralamerika“ (Rat der Europäischen Union, 2006, S. 4). Des Weiteren wurde bei dem Treffen verdeutlicht, dass der Europäische Konsens über Entwicklungspolitik positiv zu bewerten sei (Europäisches Parlament u. a., 2006, S. 2), da dieser sowohl die Millenniums-Entwicklungsziele als auch die Beseitigung der Armut (im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung) als gemeinsame Ziele für alle Entwicklungsländer vorsehe (Europäisches Parlament u. a., 2006, S. 2; Rat der Europäischen Union, 2006, S. 4).

Doch auch wenn die Staats- und Regierungschefs Zentralamerikas und der EU bestätigten, „dass der biregionale Dialog bei der Schaffung von Frieden und Demokratie in Zentralamerika, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie dem Integrationsprozess in der Region eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat“ (Rat der Europäischen Union, 2006, S. 1), sagten sie auch, dass für eine nachhaltig wirksame EZA eine Verbesserung der Koordinierung und Harmonisierung der Entwicklungsbemühungen – die zentralen Punkte der Pariser Erklärung und der AAA – notwendig sei (Rat der Europäischen Union, 2006, S. 4). Im nächsten Abschnitt werden diese beiden internationalen Konsenspapiere näher erläutert.

Ein weiteres Dokument, welches die biregionale Partnerschaft beeinflusst, ist das Assoziationsabkommen „zwischen der EU und Zentralamerika zur Intensivierung des politischen Dialogs, zur Verbesserung der Zusammenarbeit sowie zur Erleichterung des biregionalen Handels und von Investitionen“ (BMeiA, 2009, S. 60). Dieses stammt aus dem Jahr 2012 und schließt Nicaragua ein (BMeiA, 2013, S. 415).

3.2.1.1.4. Internationale Konsenspapiere: Pariser Deklaration und *Accra Agenda for Action*

Die Pariser Deklaration, welche Österreich im März 2005 verabschiedete, fokussiert die Wirksamkeit der EZA und richtet sich an internationale Entwicklungsorganisationen, Partnerländer und Geberstaaten. Um eine „effektivere und damit erfolgreichere Form von Armutsminderung, Wachstumssteigerung und Kapazitätsaufbau sowie [eine] raschere Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele“ (ADA, 2009, S. 7) zu gewährleisten, wurden folgende Kriterien bzw. Prinzipien festgelegt: *Ownership, Alignment, Harmonisation, Managing of Results* und *Mutual Accountability* (OECD, 2005). Sowohl Österreich als auch Nicaragua unterzeichneten somit konkret das Ziel der Förderung von „Eigenverantwortung [der Partnerländer], Harmonisierung [der Gebergemeinschaft], Anpassung an die Systeme der Partner, Ergebnisorientierung sowie beiderseitige Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht“ (*Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit*, 2005, S. 1). An dieser Stelle ist es wichtig hervorzuheben, dass sich dieses Dokument nicht nur auf die Beziehung zwischen Geber- und Partnerländer bezieht, sondern auch auf jene zwischen den Gebern. Die konkreten Verpflichtungen, welche aus den Prinzipien resultieren, müssen jedoch dem jeweiligen Partnerland entsprechend interpretiert werden, heißt es (*Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit*, 2005). Mit anderen Worten, die unterzeichnenden Akteure haben sich dazu verpflichtet „ihre Entwicklungszusammenarbeit an Strategien, Institutionen und Strukturen der Partnerländer anzupassen und stärker aufeinander abzustimmen“ (AG Globale Verantwortung, 2016).

Für die Umsetzung der Pariser Deklaration wurde in Österreich der OEZA-Aktionsplan (2005 bis 2010) erstellt. Dieser beinhaltet alle bereits angeführten Kriterien der Erklärung und „bildet die Basis für die Zusammenarbeit mit den Partnerländern sowie mit regionalen und internationalen Organisationen“ (ADA, 2009, S. 7). Auch wenn die Prinzipien – die laut der Pariser Deklaration zu einer effektiven EZA

führen – auch in Landesstrategien, Dreijahresprogrammen und im EZA-G integriert wurden, heißt es im *Peer Review* der OECD 2009, dass die ADA Entwicklungsmaßnahmen entwickeln und durchführen sollte, welche besonderen Fokus auf die Effektivität vor Ort und die Koordination mit anderen Gebern legen (OECD, 2009, S. 63).

Um die Implementierung der Pariser Deklaration von 2005 zu fördern und beschleunigen, trafen sich Minister und Entscheidungsträger von bi- und multilateralen Entwicklungsorganisationen im September 2008 in Ghana. Im daraus resultierende Dokument, der AAA, heißt es, dass eine Partnerschaft dann am effektivsten sei, wenn alle Entwicklungsakteure (bi- und multilaterale Akteure, private Akteure, etc.) ihre Erfahrungen, Expertise und Energie gemeinsam nutzen würden. Hierfür müssten jedoch alle Geber zusammenarbeiten bzw. eine effektive Arbeitsteilung anstreben um die – nicht nur monetären – Kosten einer Fragmentierung der EZA reduzieren zu können. Ein weiterer Punkt, welcher in der AAA angeführt wird, ist, dass bei der Harmonisierung der Geber darauf geachtet werden sollte, dass die Partnerländer eine zentrale Rolle beim Management und der Koordinierung der Geber übernehmen (OECD, 2005, S. 17f.).

Laut Expert_innen sollte zudem in Bezug auf die Pariser Deklaration gesagt werden, dass diese zwar eine gute Idee, „aber eine sehr politische Agenda [war/ist,] die von technischen Leuten gemacht wurde“ (IP4, 2017, Z. 175f.). Dies hat zu einer geringen Wirkungskraft geführt, denn mehrjährige Fixzusagen sind bei der EZA budgettechnisch nicht möglich; Budgethilfen haben nicht zu mehr Eigeninitiative der Partnerländer geführt, sondern zu mehr politischer Willkür und Macht der Geber; Harmonisierung und Anpassung der Geberprogramme an die lokalen Bedürfnisse haben auch nicht funktioniert, da die Anzahl der Missionen nicht verringert wurde, sondern eher noch gestiegen ist; und internationale Arbeitsteilung ist im Grunde eine politische Frage. Der einzige Faktor, der in manchen Fällen umgesetzt wurde, war die Arbeitsaufteilung innerhalb der Länder. Bei der Beschränkung der Anzahl der Sektoren ist allerdings anzumerken, dass im Fall Nicaraguas einfach manche Sektoren umbenannt wurden, um mehrere Bereiche in einen Sektor einschließen zu können (IP4, 2017, Z. 175-195). Trotz der in der Praxis nicht umsetzbaren Theorie ist vom Grundgedanken der Pariser Deklaration geblieben, dass sich Geber an die Partnerländer

und deren Politik anpassen sollten – und nicht umgekehrt. Hierfür müsse man aber natürlich auch die Politik unterstützen wollen (IP4, 2017, Z. 207-212).

Im folgenden Abschnitt wird die bilaterale OEZA in Nicaragua näher beleuchtet. Diese sollte stets in Anbetracht der erwähnten globalen, biregionalen und nationalen politischen Rahmenbedingungen gesehen werden. In Bezug auf die Pariser Deklaration bedeutet dies zum Beispiel, dass ab der Verabschiedung dieses Dokumentes alles neu bewertet wurde. Es wurde „versucht, alles was bisher gelaufen ist, durch die Brille von Paris zu sehen und das hat halt nicht alles reingepasst“ (IP6, 2017, 176f.).

3.2.1.2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Nicaragua

Im Dreijahresprogramm 2004 bis 2006 hieß es, die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit hätten sich besser entwickelt als es Anfang der 1990er Jahre zu erwarten gewesen wäre (BMaA, 2003, S. 21). Des Weiteren wurde betont, dass „[s]owohl die sachliche als auch die geographische Konzentration der österreichischen Entwicklungspolitik [...] sich in den letzten Jahren sehr gut bewährt“ (BMaA, 2003, S. 15) habe und sie im Partnerland Nicaragua Anerkennung finden würde. Um diese bilaterale Partnerschaft weiterhin zu stärken und somit auch der Programmpriorität der österreichischen Entwicklungspolitik dieser Zeit nachgehen zu können (BMaA, 2003, S. 25), nahm die OEZA im Jahr 2005 bilaterale Konsultationen mit der lokalen Regierung auf (BMaA, 2006b, S. 21). Der Fokus der Partnerschaft sei auf „demokratisch legitimierten dezentralen Verwaltungsstrukturen und Basisinstitutionen“ (BMaA, 2003, S. 25) gelegen. Die langjährigen guten Beziehungen zwischen Österreich und Nicaragua führten auch dazu, dass letzteres im Jahr 2004 als „Pilotland der Initiative für Harmonisierung und ‚Alignment‘ (Ausrichtung der Geber-Programme auf die Bedürfnisse und Prioritäten der Empfängerländer) des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der OECD“ (BMaA, 2005, S. 117) gewählt wurde.

Im Zeitraum 2005 bis 2013 veränderte sich jedoch diese partnerschaftliche Beziehung zwischen Österreich und Nicaragua. Um die verschiedenen Auswirkungen näher beleuchten zu können, werden diese in den folgenden Abschnitten gesondert skizziert: Vor-Ort Strukturen, die partiellen Veränderungen aufgrund politischer Rahmenbedingungen in Nicaragua und das Ende von Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA.

3.2.1.2.1. Vor-Ort-Strukturen in Nicaragua und deren Bedeutung für die OEZA

Die lokalen Strukturen in Nicaragua waren bzw. sind zum Teil noch heute von zentraler Bedeutung für die Zusammenarbeit, da die OEZA das Ziel verfolgt, nachfrageorientiert zu arbeiten (IP4, 2017, Z. 14f.).

Das KOBÜ der OEZA wurde 1986 in Managua gegründet und war somit „eines der ersten Koordinationsbüros überhaupt“ (IP4, 2017, Z. 5f.). Es war für die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern essentiell, da es nicht nur als Vertretung der OEZA im Partnerland fungierte (BMaA, 2003, S. 25), sondern auch „die systematische Entwicklung von Programmen“ (BMaA, 2003, S. 67) in diesem geographischen Schwerpunkt sicherstellen sollte. Da es in Nicaragua keine Botschaft gab, übernahm das KOBÜ auch die österreichische Vertretung (IP4, 2017, Z. 21f.).

Zu den Aufgaben des KOBÜs vor Ort zählte es, unter anderem, Programme vorzubereiten und auszuschreiben, Monitoring zu betreiben, Abrechnungen zu prüfen, Kontakte zu pflegen und sich „mit EU Vertretungen, mit anderen Gebern, mit NGOs vor Ort [und] mit Regierungsstellen“ (IP4, 2017, Z. 22f.) zu koordinieren. Daher kann auch gesagt werden, dass das KOBÜs auf allen Ebenen gearbeitet hat: „Von der Ebene vom Dialog mit der Regierung auf fast höchster Ebene, Ministerebene, bis zur Arbeit mit Kleinbauern“ (IP4, 2017, Z. 17f.). Hieraus lässt sich bereits erkennen, dass in jeder Beziehung der Erfolg davon abhängig war, ob Menschen auf individueller Basis gut zusammenarbeiten konnten. Trotz bzw. vor allem aufgrund unterschiedlicher Zugänge der Mitarbeiter_innen, hat die zwischenmenschliche Zusammenarbeit immer gut geklappt (IP7, 2017, Z. 37-45). Des Weiteren sei ein Faktor gewesen, dass „sehr engagierte Personen [...] sich mit dem, was sie machen, identifizieren“ (IP7, 2017, Z. 115) konnten und ähnliche Arbeitsformen und Herangehensweisen hatten. Als Qualitätsmerkmal der guten Zusammenarbeit deuten manche Entwicklungsexpert_innen, dass es in Nicaragua Pilotprojekte gab und diese nur dann initiiert wurden, wenn die vorangegangene Partnerschaft gut gelaufen war (IP7, 2017, Z. 115-121). Im Folgenden wird die Zusammenarbeit des KOBÜs auf den verschiedenen Eben beleuchtet: jene mit Österreich und mit Durchführungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und der Regierung in Nicaragua.

In Bezug auf die Zusammenarbeit des KOBÜs mit Österreich ist anzumerken, dass nach der Gründung der ADA im Jahr 2004 versucht wurde, die Arbeit zu dezentralisieren und standardisieren. Dies hatte zur Folge, dass zwar der Prozess der Programmierung vor Ort begann, jedoch eine Bürokratie eingeführt wurde, durch welche die ADA oftmals einem Unternehmen glich (IP4, 2017, Z. 138-147). Somit konnten die Mitarbeiter_innen des KOBÜs bei Politiken ihr Mitspracherecht vor allem per Mails oder bei Telefonaten nutzen, doch „Administrativabläufe waren Wiener Sache“ (IP4, 2017, Z. 154). Dennoch hatte das Büro in Managua (wenige) finanzielle Mittel, die sie autonomen verwalten konnten – auch wenn als bestehender Rahmen weiterhin die festgelegten Strategien galten (IP7, 2017, Z. 66ff.). In Bezug auf die Kommunikation kann allgemein gesagt werden, dass diese nicht nur zwischen Personen verlief, die Führungspositionen innehatten, sondern auch mit anderen Mitarbeiter_innen vor Ort. Diese waren in Nicaragua angesehene Expert_innen auf ihren Themengebieten, wie zum Beispiel im Gesundheitssektor (IP7, 2017, Z. 46-50). Direkte Kommunikation zwischen Österreich und den Durchführungsorganisationen in Nicaragua wurde vermieden, da das KOBÜ als Drehscheibe gesehen wurde, die bei jeder Zusammenarbeit, in welche die OEZA involviert war, eingebunden wurde (IP7, 2017, Z. 54).

Die Zusammenarbeit des KOBÜs mit Durchführungsorganisationen war zwar zum Teil sehr gut, doch müsse man bei der Charakterisierung als „partnerschaftlich“ aufpassen, denn das KOBÜ war zum Teil Auftraggeber, Ko-Finanzier oder Finanzier der Projekte. Hierdurch kam es zwar zu einer engen Zusammenarbeit, doch die klare Rollenverteilung führte dazu, dass das KOBÜ oftmals die Entscheidungsmacht über die Weiterführung, Veränderung oder Schließung eines Projektes hatte (IP4, 2017, Z. 30-46). Mit anderen Worten: die Modalitäten der Durchführungsorganisationen, das heißt ob es sich um ein „Auftragsprojekt [...] oder eine Förderung von einem NGO Projekt“ (IP4, 2017, Z. 39f.) handelte, trugen maßgeblich zur Entstehung und Gestaltung einer Hierarchie innerhalb der Zusammenarbeit bei.

Das Hochschulkooperationsprogrammen von APPEAR war und ist ein Sonderfall. Hier haben die Partnerinstitutionen vor Ort zum Teil das „Koordinationsbüro besucht, um Informationen über das Projekt zu geben, aber sonst [gab es] eigentlich nie Kontakt“ (IP5, 2017, Z. 43f.). Dennoch konnten vor Ort Strukturen allgemein bei als banal betrachteten administrativen Vorgängen sehr hilfreich sein. Als Beispiel dafür

kann das Verschicken von offiziellen Dokumenten genannt werden – wofür allerdings zum Teil auch das Büro von Horizont3000 verwendet wurde/wird (IP2, 2017, Z. 240ff.).

Die Beziehung der Mitarbeiter_innen des KOBÜs mit der nicaraguanischen Zivilgesellschaft und der Regierung zeichnete sich aufgrund der vorhandenen Expertise durch Anerkennung und Respekt aus (IP7, 2017, Z. 108-111). Auf der Regierungsebene hing die Qualität der Zusammenarbeit von den jeweiligen Personen ab: Unter der „konservativ-technokratische[n] Regierung“ (IP4, 2017, Z. 60) von Bolaños, der 2002 bis 2006/2007 an der Macht war, war zum Beispiel der Vizeaußenminister für Kooperation von *Aid Effectiveness* begeistert. Es wurde gehofft, dass durch Budgethilfen die Projekte, Gelder und Besuche der Delegationen der über 40 Geber effizienter ablaufen würden (IP4, 2017, Z. 58-67). In dieser achtete man darauf, „dass man über diese Aid Effectiveness Agenda zu mehr Investitionen aus dem Ausland kommt“ (IP4, 2017, Z. 78f.) und diese besser kanalisieren konnte. Bei offiziellen Treffen zwischen dem Geberland Österreich und dem Partnerland Nicaragua kam es zum Teil dazu, dass diese nicht – im österreichischen Sinne – auf Augenhöhe stattfanden, denn während Nicaragua Minister vertraten, wurden von österreichischer Seite Mitarbeiter_innen niedrigerer Ebenen geschickt (IP7, 2017, Z. 224ff.). Die (alltäglichen) Ansprechpartner des KOBÜs in Nicaragua waren, je nach Partnerinstitution oder –organisation, manchmal auf Seiten der Regierung und andere Male in der Opposition – wie es zum Beispiel bei der Atlantik Universität der Fall war. Jene Leute, die in die nicaraguanische Verwaltung eingebunden waren, seien von Seiten der Regierung kontrollierbar und manipulierbar gewesen (IP6, 2017, Z. 253-256)

3.2.1.2.2. Veränderung der OEZA aufgrund politischer Rahmenbedingungen?!

Die zuvor von der OECD als gelungen bezeichnete Partnerschaft wurde aufgrund der politischen Situation in Nicaragua im Jahr 2006 auf die Probe gestellt. Denn als Arnoldo Alemán, der wegen Geldwäsche zu 20 Jahre Haft verurteilt worden war, und Daniel Ortega ihr Interesse verkündeten, bei den Präsidentschaftswahlen im November 2006 zu kandidieren, kam es im zentralamerikanischen Land zu einer andauernden latenten politischen Krise (BMaA, 2006a, S. 57).

Laut Entwicklungsexpert_innen mit Wissen über das KOBÜ in Managua veränderte sich 2006/2007 an ihrer Arbeit nichts direkt. Es wurde „nach dem Regierungswech-

sel genauso weitergearbeitet“ (IP4, 2017, Z. 135f.) wie zuvor, denn die Menschen, mit denen zusammengearbeitet wurde, waren großteils die gleichen Verantwortlichen (IP7, 2017, Z. 163f.). Auch bei den Schwerpunkten der OEZA in Nicaragua gab es, außer bei der Kategorisierung, keinen maßgeblichen Bruch. Sie lagen sowohl vor als auch nach dem politischen Umschwung auf Sozialem, wie Gesundheit, Bildung und Wasser; ländlicher Entwicklung und Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (BMaA, 2006b, S. 21). Diese Schwerpunkte der OEZA waren gut gewählt, denn erstens hat Österreich auf diesen Gebieten Know-how anzubieten (IP4, 2017, Z. 164ff.) und zweitens wurden diese Schwerpunkte offensichtlich in Nicaragua auch willkommen geheißen und gebraucht, denn während der Erarbeitung eines neuen 3-Jahresprogrammes kurz nach dem politischen Wandel 2006/2007 hieß es von Seiten Nicaraguas, dass die OEZA am besten so weiterarbeiten sollte wie bisher (IP4, 2017, Z. 119-132). Nichtsdestotrotz achtete Österreich, so wie auch andere Geber, vor allem aufgrund der umstrittenen Kommunalwahlen im Jahr 2008 auf die Entwicklungen in Nicaragua (IP7, 2017, Z. 247f.).

Der internationale Rahmen für die EZA änderte sich aufgrund der Politik Nicaraguas dahingehend, dass sich durch den Regierungswechsel die Rolle der Geber und deren Bedeutung für die nicaraguanische Regierung veränderte. Während unter Bolaños die Geber als Rückhalt für die Regierung essentiell waren, sah dies bei Ortega anders aus: „Erstens hat er die Geber nicht gebraucht und die Geber waren auch nicht gut auf ihn zu sprechen“ (IP4, 2017, Z. 80f.). Doch auch wenn anfangs viel über den politischen Umschwung gesprochen wurde, so arrangierten sich die meisten auch wieder mit der Situation. Was sich jedoch mit der Zeit geändert hat, ist die politische Ausrichtung Nicaraguas – und somit auch die Gewichtungen. Dies zeigte sich im Nationalen Entwicklungsplan von Nicaragua (*Plan Nacional de Desarrollo Humano*), der ab Ende 2009 die Beziehung zwischen Nicaragua und der internationalen Community prägte. Auch wenn das Ziel jenem der *Poverty Reducion Strategy Papers* (PRSP) ähnelt, sollte es als Regierungsprogramm gesehen werden; denn auch wenn unterschiedliche Parteien innerhalb Nicaraguas ähnliche Zielsetzung hatten, so wäre der Weg dorthin je nach Partei unterschiedlich angegangen worden (IP4, 2017, Z. 84-91). Nichtsdestotrotz wollte die OEZA den Nationalen Entwicklungsplan unterstützen, da er als „eine solide Grundlage für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit“ (ADA, 2010, S. 35) betrachtet und daher von den Gebern auch befürwortet wurde. Außerdem heißt es, die national angestrebte Entwicklung zu fördern, „[d]as ist ja das Ziel

der EZA gewesen“ (IP4, 2017, Z. 110). Um mit ihren Projekten der OEZA in das Vorhaben des Nationalen Entwicklungsplanes hineinzupassen, wurde eng, permanent und im ständigen Kontakt mit nicaraguanischen Regierungsstellen zusammengearbeitet – vor allem mit den Ministerien, die in den Schwerpunktbereichen der OEZA tätig waren. Des Weiteren herrschte auch ein reger Austausch zwischen und mit (Sektor-)Koordinationsgruppen der EU (IP4, 2017, Z. 110-117).

Durch die Entscheidung des obersten Gerichtshofes im gleichen Jahr, nämlich 2009, die das Verbot der Wiederwahl aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes als verfassungswidrig erklärte, änderte sich das Verhältnis zwischen Nicaragua und Österreich schlagartig. Die Auswirkungen dieses Urteils waren für die EZA-Partnerschaft fatal, denn „[s]eit dieser Entwicklung, die vom rechtsstaatlichen, demokratischen Standpunkt sicherlich zumindest zweifelhaft ist, hat die österreichische Kooperation sich zurückgenommen“ (IP6, 2017, Z. 155f.)

3.2.1.2.3. Das Ende Nicaraguas als Schwerpunktland der OEZA

Auch wenn es inoffiziell „ab und zu leise Anzeichen [gab], dass man Nicaragua schließen sollte“ (IP7, 2017, Z. 148f.) und daher die Partner vor Ort auf die mögliche bzw. wahrscheinlich Schließung Nicaraguas als Schwerpunktland inoffiziell vorbereitet wurden, kam die erwartete offizielle Note der österreichischen Regierung erst im Jahr 2010. Das KOBÜ bekam indessen den Auftrag, die Entscheidung zu verkünden (IP7, 2017, Z. 307-310). Im Bericht des BMeiA heißt es folgendermaßen: es wurde „der Beschluss gefasst, die bilaterale Zusammenarbeit mit Nicaragua wie auch das regionale Programm mit SICA bis längstens 2013 einzustellen; Mitte 2012 [wird] beabsichtigt, das Koordinationsbüro in Managua zu schließen“ (BMeiA, 2011a, S. 188). Auch wenn es im Falle von Österreich klar war, dass die Zusammenarbeit nicht von einem Tag auf den anderen beendet werden konnte – weil man dies auch generell bei EZA nicht machen sollte (IP7, 2017, Z. 253f.) --, war dies bei anderen Gebern nicht der Fall: Mehrere Länder zogen sich nach den Kommunalwahlen 2008 abrupt aus dem Geberlieblingsland Nicaragua zurück. In Nicaragua wurde indessen von der OEZA eine 3-jährige *Phasing-Out* Zeitspanne eingeplant.

Botschafterin Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer, die damalige Geschäftsführerin der ADA, schreibt im Vorwort des ADA Geschäftsberichtes 2010: „[...] aus der bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua und Zentralamerika werden wir uns bis Ende

2013 zurückziehen“ (ADA, 2011, S. 5). Als Grund gibt hierfür sie „die Budgetkürzungen der Bundesregierung als Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise“ (ADA, 2011, S. 5) an, welche die Rahmenbedingungen der OEZA maßgeblich verändert hätten. Aufgrund der Kürzung der administrativen und operativen Mittel müsse versucht werden, „rasch eine Strategie zu entwickeln, um diese finanziellen Einbußen auszugleichen und gleichzeitig die Qualität unserer Arbeit aufrechtzuerhalten“ (ADA, 2011, S. 5), wurde im Geschäftsbericht betont. Priorität habe daher unter anderem der sorgfältige Abschluss von Partnerschaften (ADA, 2011, S. 5). Dadurch, dass Lateinamerika und die Karibik gegenüber der Wirtschafts- und Finanzkrise dank struktureller Reformen und hohen Rohstoffpreisen einen sehr guten Widerstand leisten konnten (BMeiA, 2014, S. 124) gab es 2010 in der Region zum Teil sogar ein „relativ rasches Wirtschaftswachstum“ (BMeiA, 2011a, S. 79). Unter anderem hierdurch verbesserte sich die wirtschaftliche Lage Nicaraguas und es wurde die Entscheidung getroffen, die OEZA auf die LDCs zu konzentrieren: hier passte das zentralamerikanische Land nicht mehr hinein (IP6, 2017, Z. 184-187; IP2, 2017, Z. 203-211). Dies führte dazu, dass in Nicaragua viele Fördertöpfe wegfielen. Was jedoch meist nicht beachtet wurde und wird, ist, ob der neu erworbene „Reichtum“ für die Verminderung der Ungleichheit verwendet wurde/wird (IP2, 2017, Z. 162-168). Des Weiteren wurde gesagt, dass es aus geopolitischen Gründen wichtiger sei, Sub-Sahara Afrika (mit den meisten LDCs) und Nachbarstaaten zu unterstützen (IP4, 2017, Z. 245f.).

Bei der Entscheidung soll es zusätzlich darum gegangen sein, ob die Ausgaben für das KOBÜ und die übrigen Mittel für EZA Projekte in einer positiven Relation zueinander gestanden wären (IP4, 2017, Z. 242-249). Ein weiterer Faktor war, basierend auf der Pariser Deklaration, das Ziel der *Aid Effectiveness*. Dieses besagte, dass sowohl auf Länderebene als auch auf Sektorebene die Fragmentierung der EZA verringert werden sollte (IP4, 2017, Z. 170ff.). Mit anderen Worten: Auch wäre mehr Geld für die OEZA aufgebracht worden – womit noch im Jahr 2006 gerechnet wurde und weswegen die ADA zuvor gegründet worden war – so wäre es dennoch zur Reduktion der Anzahl der Schwerpunktländer gekommen, denn „es ist ein Gebot der Stunde, dass man sich konzentriert“ (IP4, 2017, Z. 256f.).

Wie sich bereits erkennen lässt, waren die Gründe, die für die Schließung des Schwerpunktlandes genannt wurden, vielfältig. Einige Expert_innen der EZA sagen in diesem Zusammenhang, dass offiziell „ziemlich an den Haaren herbeigezogene

Argumente [...] bemüht worden“ (IP6, 2017, Z. 10) sind. Manche sagen, dass ein Grund für den Rückzug Österreichs aus Nicaragua die Langzeitwirkungen der ominösen Gemeindewahlen im Jahr 2008 gewesen seien (IP3, 2017, Z.123f.). Andere wiederum betonen, dass es vor allem an der Aufhebung des Wiederwahlverbotes des Präsidenten gelegen habe (IP6, 2017, Z. 155-158).

Als weiterer Grund kann die Politik der internationalen Gemeinschaft genannt werden. Hier wird vor allem der Fokus auf die US-Politik als auch auf die EU-Politik gelegt, denn Österreich, so Entwicklungsexpert_innen, habe hier nicht eigenständig gehandelt. Dies wäre ein Wunsch bzw. sogar eine Erwartung gewesen, „[z]umal die Regierungschefs [Österreichs] den Sozialdemokraten angehört haben – wenn auch nicht die Außenministerien“ (IP3, 2017, 200f.). Als Ortega wieder an die Macht kam, herrschte in Österreich „[G]ehorsam gegenüber der US Außenpolitik“ (IP3, 2017, Z. 134). Des Weiteren wird die österreichische Politik dahingehend kritisiert, dass es keine EZA-, sondern eine „Außenpolitische Entscheidung gewesen“ (IP7, 2017, Z. 299) sei und dass diese Beschlüsse (nicht nur im Fall von Nicaragua) anlassbezogen und ad-hoc gefällt wurden (IP7, 2017, Z. 298-391).

Auch wenn Nicaraguaner_innen die bereits genannten offiziellen Gründe für die Schließung kannten, haben viele Menschen vor Ort gesagt, dass sie dies zwar gelten ließen, aber „wissen, dass es politische Gründe sind“ (IP7, 2017, Z. 281). Nichtsdestotrotz wurde die Entscheidung akzeptiert und versucht zusammen mit dem KOBÜ weitere Schritte vorzubereiten (IP7, 2017, Z. 279-282).

Dem Ziel eines nachhaltigen Abschlusses entsprechend wurden bereits ab dem Beginn des folgenden Jahres (2011) bilaterale Programme und regionale Programme mit SICA für einen nachhaltigen Abschluss vorbereitet, heißt es in offiziellen Berichten. Zusätzlich wurden mit Institutionen vor Ort und anderen Gebern potentielle Übernahmen bzw. Weiterführungen von OEZA-Programmen diskutiert und eingeleitet (BMeiA, 2012a, S. 251, BMeiA, 2012b, S. 42, BMeiA, 2014, S. 252). Einrichtungen vor Ort wurden, wie zuvor erwähnt, bereits vor der offiziellen Kundmachung der Schließung darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Fall eintreten könnte. Als die Schließung offiziell war, wurden Abschluss- oder Übernahmemaßnahmen, die im *Phasing-Out* beachtet und getroffen werden sollten, in einem Miteinander mit Nicaraguaner_innen besprochen. Das gemeinschaftliche Ziel derjenigen, die die Pro-

gramme entwickelt hatten und schließlich auch abschlossen, war, dass kein Programm leiden sollte (IP7, 2017, Z. 256-310). Aufgrund dessen wurden zunächst Gespräche mit nicaraguanischen Akteur_innen geführt und im Anschluss solche mit der internationalen Community. Hierbei wurde ausgelotet, was für Projekte weitergeführt werden sollten und wer diese gegebenenfalls weiterführen könnte. Des Weiteren spielten Kosten eine große Rolle (IP7, 2017, Z. 271-275), denn sowohl die Beendigung als auch die Übergabe von Programmen ist stets mit höheren Kosten verbunden, als wenn Projekte kontinuierlich verfolgt werden (IP7, 2017, Z. 263-266).

Auch wenn es noch ein oder 1,5 Jahre länger gebraucht hätte um bessere Erfahrungswerte aus der Schließung des Schwerpunktlandes Nicaragua ziehen zu können, so wird dennoch die Schließung und/oder Übergabe von Programmen zum Teil als ‚vorbildlich‘ beschrieben (IP7, 2017, Z. 284-290). Dennoch herrscht Großteils Enttäuschung über den Beschluss der Schließung von Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA:

„Es ist schade, weil es gewissen Domänen gibt, in denen Österreich wirklich was geleistet hat [...]. Es hat sehr vielen Leuten geholfen“ (IP3, 2017, 194f.).

„Da hätte man einiges noch machen können“ (IP3, 2017, 201)

„Es war damals ein Kahlschlag der noch durch die Ortega-Politik [, die] sich jede Einmischung verbeten hat [...] verstärkt wurde“ (IP6, 2017, 11ff.)

„Ich persönlich finde es auch schade, dass es kein vor Ort Büro mehr gibt. Aber klar, wenn es kein Schwerpunktland mehr ist, gibt es auch natürlich keine Legitimation mehr für ein Büro vor Ort.“ (IP2, 2017, Z. 242ff.)

Im Jahr 2013 sollte nicht nur Nicaragua aus der Liste der Schwerpunktländer entfernt, sondern auch das Engagement in ganz Zentralamerika abgeschlossen werden (BMeiA, 2012b, S. 36). Somit wurde auch die Zusammenarbeit mit SICA im Jahr 2013 beendet (BMeiA, 2011b, S. 6).

3.2.2. Private Entwicklungszusammenarbeit

Als Basis der EZA in Nicaragua kann das Engagement der NGOs angeführt werden (IP7, 2017, Z. 54f.), denn „[n]eben den großen NGOs wie Horizont3000, Dreikönigs-

aktion und Nord-Süd-Institut sind in Nicaragua auch dutzende Solidaritätsgruppen, Städtepartnerschaften und Brigadistenvereine tätig, die dauerhafte Beziehungen zu ihren Partnern aufgebaut haben und pflegen“ (Leonhard, 2006, S. 19). Daher kann gesagt werden, dass die Präsenz österreichischer Akteur_innen in Nicaragua bereits vor der Etablierung des KOBÜs durch Organisationen und Gruppierungen begonnen hat. Je nach politischer Ausrichtung der Regierung haben Akteur_innen der privaten EZA auf verschiedenen Ebenen gearbeitet; doch vor allem auf kommunaler Ebene mit Gemeinden und zum Teil über politische Grenzen hinweg (IP6, 2017, Z. 139-145). Auch bei politischen Wenden wurden Partnerschaften fortgesetzt (IP6, 2017, Z. 145ff.). Eine der größten und aktivsten österreichischen NGOs in Nicaragua war und ist Horizont3000 – sogar im EU Vergleich. Dadurch, dass diese Organisation schon sehr lange in Nicaragua tätig ist und auch aufgrund der fachlichen Kompetenzen sehr hoch geschätzt wird, wurden Mitarbeiter_innen sowohl von der Regierung in Nicaragua als auch vom österreichischen KOBÜs herangezogen. Als Beispiel kann hier die Zusammenarbeit bei der Sektorbudgethilfe im Gesundheitsbereich angeführt werden (IP4, 2017, Z. 46-56).

Durch die Etablierung des KOBÜs in Managua konnten Organisationen der privaten EZA, welche von der ADA finanziell unterstützt werden wollten, auf zwei Arten vorgehen: Entweder sie traten mit ihren Anliegen/ Vorschlägen/ Vorhaben an das österreichische Amt heran, oder nahmen Kontakt direkt in Nicaragua auf. Unabhängig davon, auf welchem Wege der Anfang gemacht wurde, musste das Vorhaben den Verantwortlichen in den jeweils anderen österreichischen Büros kommuniziert werden (IP7, 2017, Z. 54-60), „[w]obei hier immer die Meinung, oder die Einschätzung des Büros [in Nicaragua] Priorität hatte“ (IP7, 2017, Z. 60f.). Wie bereits erwähnt, hat das KOBÜ in Managua bei der Kommunikation zwischen Büros als Drehscheibe und Anlaufstelle fungiert.

Generell galt und gilt (im Fall von APPEAR, welches im Folgenden näher beschrieben wird) als Rahmen für Förderungs- und Projektanträge sowohl die Politik auf der Seite von Nicaragua, als auch jene Österreichs. Somit wird auf der Seite des zentralamerikanischen Landes auf den Nationalen Entwicklungsplan, auf Interessen und auf weitere Vorgaben von Ortega und Murillo Bezug genommen (IP2, 2017, Z. 253-256). Weiters werden Keywords verwendet um zu verdeutlichen, dass das genannte Projekt den Wünschen und Erwartungen entspricht (IP5, 2017, Z. 75-79). Auf der Seite Ös-

terreichs spielt die Frage nach dem Budget, welches die Regierung für EZA investiert, eine große Rolle (IP5, 2017, Z. 181ff.). Weitere Rahmenbedingungen sind die Richtlinien, Vorgaben und Wünsche der ADA. Diese werden in Calls wiedergespiegelt und müssen aufgrund des Trickle-Down Effektes an die Projekte vor Ort weitergegeben werden (IP2, 2017, Z. 145-151).

Die Schließung von Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA hat nicht alle Durchführungsorganisationen gleichermaßen getroffen, da nicht alle im selben Ausmaß von der finanziellen Förderung der ADA abhängig waren (IP7, 2017, Z. 318-322). Manchen kleineren Langzeitprojekten, die von der OEZA finanzielle Unterstützung erhielten, wurde zum Teil bereits ab 2008/2009 gesagt, dass diese nicht mehr lange unterstützt werden könnten. Es hieß immer wieder, dass dieses das allerletzte Mal sei – bis das Ende der Förderung letzten Endes wirklich eintrat (IP3, 2017, Z. 149ff.). Als weitere Beispiel kann hier die Frauenrechtsorganisation MIRIAM angeführt werden, die von der ADA von 2006 bis Ende 2008 gefördert wurde (ADA, o. J.). Diese bekam auch andere Fördermittel, so wie zum Beispiel Spenden, wodurch sie ihre Arbeit auch nach der Schließung Nicaraguas als Schwerpunktland der OEZA weiter aufrechterhalten konnten. Universitäts-Kooperationen arbeiteten bereits zuvor schon autonom (zum Beispiel die Universitäten Salzburg, Graz, León und Managua); und das Bildungs- und Forschungsprogramm APPEAR läuft auch weiter (IP7, 2017, Z. 318-322). Da letztes eine Sonderstellung im Geflecht der OEZA hat, wird es im folgenden Abschnitt näher beleuchtet.

APPEAR – Ein Sonderfall im Geflecht der OEZA

Das Hochschulkooperationsprogramm der ADA hat eine Sonderstellung, da es seinen Fokus sowohl auf den aktuellen, wie auch auf den ehemaligen Schwerpunktländern oder –regionen hat (IP2, 2017, Z. 11f). Die Schwerpunkte von APPEAR sind immer die gleichen und „[o]rientieren sich [...] an den Schwerpunkten der OEZA, damit es da [...] Synergien gibt“ (IP2, 2017, Z. 45f.).

Bei den vor allem auf bestehenden Kontakten basierenden Partnerschaften zwischen österreichischen und nicaraguanischen Hochschulen kann die Projektkoordination nicht nur in Österreich, sondern auch in den Schwerpunktländern liegen. Auch dies ist ein Sonderfall, denn normalerweise obliegt die Koordination der Institution im Geberland (IP2, 2017, Z. 72-75). Manchmal ist hierbei auch der südliche Partner die

treibende Kraft, die aus ihrer Sicht den Projektantrag schreibt (IP5, 2017, Z. 18f.). Allgemein ist es sowohl von der OEZA als auch von Seiten der EU im Sinne des Ownership „gewünscht worden, dass die südlichen Partner nicht immer nur die Partner sind und die Österreicher koordinieren, sondern es wurde auch immer als Plus gesehen, wenn ein südlicher Partner den Lead“ (IP5, 2017, Z. 56ff.) übernahm. Als Voraussetzung gilt hierbei, dass die zuständige Person die notwendige(n) Sprache(n) beherrscht, um so das Antrags- und Berichtswesen übernehmen zu können. Vor allem die Sprache der Wissenschaft sollte beherrscht werden: Englisch. Die Sprache, in welcher die Partner unter einander kommunizieren, muss individuell vereinbart werden. Im Fall von Nicaragua verlief die Kommunikation bei den Projekten meistens auf Spanisch (IP2, 2017, Z. 115-120).

Durch gute Kommunikationsmöglichkeiten wie Telefon oder Skype ist es für die Mitarbeiter_innen von APPEAR relativ egal, wer von den Partnern den Lead übernimmt. Der Vorteil bei der Koordinierung von Seiten der österreichischen Institution ist, dass aufgrund der geographischen Nähe offene Fragen auch im Büro von APPEAR persönlich geklärt werden können (IP2, 2017, Z. 76-81). Die Entscheidung, wer die Projektkoordination übernimmt, obliegt den Projektpartnern selbst (IP2, 2017, Z. 85f.). Am Anfang waren es bei APPEAR nur 30% bis 35% Partnerschaften, bei denen die Koordination in den Händen der Institution im Süden lag; heute ist die Relation schon beinahe bei 50%: „[E]s auch wichtig im Sinne des Ownership, auch die Verantwortung für die gesamte Projektkoordination [...] abzugeben“ (IP2, 2017, Z. 90-94).

Die Herausforderung bei der Übernahme der Koordination durch eine Einrichtung des Südens ist zum Teil die notwendige finanzielle Investition am Anfang eines Projektes. Aufgrund dessen wurden „Anbahnungsfinanzierungen für jene Institute, die sich noch nicht kennen [ermöglicht. Dies ist] eine kleine Förderung, um ein Vollprojektantrag auszuarbeiten [...] oder gleich ein Vollprojektantrag“ (IP2, 2017, Z. 50ff.). Diese finanzielle Unterstützung hat in einigen Fällen dabei geholfen, Ideen und Themen zu entwickeln und Arbeitsprozesse durchzusprechen (IP5, 2017, Z. 121ff.).

Dennoch bleibt es bei fast allen Förderschienen „so, dass die letzten Förderraten erst nach Projektende ausbezahlt werden, d.h. Universitäten im Süden müssen vorfinanzieren, was extrem schwierig ist – bis fast unmöglich“ (IP5, 2017, Z. 60ff.). Eine weitere Herausforderung stellt die administrative Ebene dar. Vor allem bei komplexen

hausinternen und von der Geberseite vorgegebenen Abrechnungsverfahren zeigt sich, dass die Universitäten des Südens zum Teil nicht die notwendigen Kapazitäten haben (IP5, 2017, Z. 141-148). Dies wird sich voraussichtlich auch in der kommenden Zeit nicht verbessern, da die Vorgaben der Geldgeber immer strenger werden und die Flexibilität bei der Budgetverwaltung sinkt. Gleichzeitig „wünschen sich Geldgeber partizipative, innovative Projekte“ (IP5, 2017, Z. 164). Dies sei ein Widerspruch, denn durch die starren Rahmenbedingungen könne man nicht auf Änderungen reagieren, sondern müsse alles zuerst genehmigen lassen (IP5, 2017, Z. 165-173). Auch auf der Seite der österreichischen Partner führt dies zum Teil dazu, dass im Vorfeld bereits überlegt wird, ob sich der administrative Aufwand lohnt, oder nicht. Denn einige Meetings würden nur für die Erklärung von Formularen verwendet werden (IP5, 2017, Z. 178ff.).

Nicht alle direkten oder indirekten Mitarbeiter_innen der Durchführungsorganisation APPEAR fühlen sich als essentieller Teil der OEZA, denn auch wenn sie von der ADA finanziell unterstützt werden, so steht doch zum Teil der Aspekt der Forschung vor jenem der EZA (IP5, 2017, Z. 90-101).

3.2.3. Veränderungen durch die Schließung von Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA

Bei der Darstellung der Veränderungen der OEZA durch die Schließung des OEZA Schwerpunktlandes Nicaragua im Jahr 2013 muss zwischen verschiedenen Programmen bzw. Finanzierungsmodalitäten unterschieden werden: jene, die unmittelbar mit dem KOBÜ in Managua zusammenhängen; Programme mit einer Sonderstellung innerhalb der OEZA, sowie zum Beispiel APPEAR; und Projekte von NGOs, die maßgeblich von den finanziellen Förderungen der ADA abhängen.

Wie bereits beschrieben, wurde versucht, jene bilateralen Programme, welche durch das KOBÜ in Managua verwaltet wurden, an andere Organisationen oder Institutionen zu übergeben oder nachhaltig abzuschließen. Doch auch wenn Mitte 2012 das KOBÜ geschlossen und Ende 2013 die Phase des *Phasing-Out* der bilateralen Programme abgeschlossen wurde, hieß es in Berichten des BMeiA, dass „[d]ie erfolgreiche Kooperation mit NROs wie auch im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaften“ (BMeiA, 2014, S. 252) und Bildungskoooperation (BMeiA, 2015, S. 263) fortgeführt werden würde. Letztere Art der Kooperation weist auf die Partnerschaften hin, wel-

che vom Programm APPEAR koordiniert werden und eine Sonderstellung innerhalb des OEZA aufweisen – denn sie „haben das [...] nicht so sehr gespürt, weil [Nicaragua] weiterhin ein Schwerpunktland im Rahmen des Programms ist“ (IP2, 2017, Z. 215f.). Mit anderen Worten wäre es zwar von Vorteil, wenn es noch eine vor-Ort Struktur im Sinne eines KOBÜs gäbe, weil Mitarbeiter_innen sowohl die OEZA als auch dessen Richtlinien kennen (IP2, 2017, Z. 215-228), doch finanziell macht es keinen Unterschied ob es ein ehemaliges oder ein aktuelles Schwerpunktland der OEZA ist (IP2, 2017, Z. 246-249).

Laut Entwicklungsexpert_innen waren die Einschnitte an der Basis am spürbarsten, denn „trotz Auslaufperiode von drei Jahren haben die keine Möglichkeit gehabt das zu ersetzen; zumal sich gleichzeitig auch andere Länder zurückgezogen haben“ (IP6, 2017, Z. 217ff.). Bei einem Besuch von Projekten in Nicaragua im Jahr 2012 haben daher Verantwortliche vor Ort die Entscheidung des Rückzugs von Österreich „nicht nur bedauert, sondern auch gesagt, dass sie bestimmte Dinge nicht mehr finanzieren können“ (IP6 2017, 212f.). Mit anderen Worten, auch wenn gewisse Projekte, die von Organisationen abgewickelt wurden, an die nicaraguanische Regierung oder andere Institutionen oder Organisation übergeben wurden, so wurden sie doch zuvor von der ADA finanziell unterstützt und mit dem Ende der Schwerpunktphase alleine gelassen (IP6, 2017, Z. 225-228). Allgemein schrumpfte auch die Anzahl österreichischer NGOs in Nicaragua, da der Anteil der Eigenmittel, die für eine Förderung der ADA notwendig sind, für ein Projekt in einem nicht-Schwerpunktland (so wie seit 2013 Nicaragua) sehr viel höher sind als für eines in einem aktuellen Schwerpunktland (IP3, 2017, 205-209).

4. Conclusio

Die entwicklungspolitische Beziehung zwischen Österreichisch und Nicaragua im Zeitraum von 2005 bis 2013 wurde durch mehrere politische Ereignisse geprägt. Während 2005 die Pariser Deklaration unterzeichnet wurde, woraufhin EZA durch die Brille der Harmonisierung, Koordinierung und Wirksamkeit der Entwicklungsbemühungen gesehen wurde, kam es durch die Wahlen in Nicaragua Ende 2006 zu einem politischen Umbruch der Regierungsführung: Durch diese kam Anfang 2007 der Sandinist und politische Opportunist Daniel Ortega wieder an die Macht.

Auch wenn die umstrittenen Kommunalwahlen 2008 von manchen Expert_innen als der Anfang vom Ende der Österreich-Nicaraguanischen Partnerschaft gesehen wird, so lässt sich dennoch aus Dokumenten und Interviews erkennen, dass in Nicaragua die „österreichische EZA sehr anerkannt“ (IP4, 2017, Z. 133) war und Österreich und „die ADA [...] eine gute Stellung gehabt“ (IP3, 2017, 184) haben. Als Grund hierfür kann nicht nur die ausgiebige Kommunikation des KOBÜs in Managua mit anderen Gebern und der Regierung angeführt werden (ADA, 2007, S. 17), sondern auch, dass Österreich nicht Parteipolitik in den Vordergrund gestellt hat (IP4, 2017, Z. 133f.) und eine lange partnerschaftliche Beziehung gepflegt worden ist. Eine wesentliche Rolle spielten hierbei die Personen in Führungspositionen der ADA, von Solidaritätsvereinen, etc. vor Ort, denn deren Arbeit wurde als echtes solidarisches Engagement gesehen. In Nicaragua hat man „gespürt, dass da eine Revolution stattgefunden hatte“ (IP7, 2017, Z. 237) und Österreicher_innen, die in der EZA in Nicaragua tätig waren, wurden als „Kämpfer der ersten Stunde [gesehen]. Das ist vielleicht ein Grund warum das Standing von Österreich ein besseres war als das von anderen Ländern“ (IP3, 2017, Z. 187ff.). Nichtsdestotrotz hat sich durch die Wiederkehr Ortegas die Beziehung zwischen Nicaragua, dem einstigen sehr geberabhängigen Land (IP4, 2017, Z. 104f.), und den Gebern stark verändert, denn während diese zu der Zeit von Bolaños willkommen waren und für den Rückhalt der Regierung eine essentielle Rolle spielten, richtet(e) sich durch Ortega die Außenpolitik von Europa weg und hin zu Lateinamerika – vor allem aufgrund der politischen Nähe zu Venezuela sowie zur Gemeinschaft ALBA.

Durch den Beschluss der OEZA im Jahr 2010, Nicaragua als Schwerpunktland zu schließen, änderte sich die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern schlagartig. Ab diesem Moment wurde in den drei Jahren *Phasing-Out* versucht, laufende Projekte nachhaltig abzuschließen oder zu übergeben. In diesem Zeitraum arbeiteten Mitarbeiter_innen der OEZA eng mit nicaraguanischen Verantwortlichen zusammen, um ein gutes Gelingen zu ermöglichen. Hierbei kam es zu einem Entgegenkommen der nicaraguanischen Partner (IP7, 2017, Z. 355-358). Nichtsdestotrotz führte die Schließung Nicaraguas als Schwerpunktland der OEZA aufgrund der Reduktion von Fördermitteln der ADA zum Teil zur Schließung von Projekten. Eine Sonderstellung hat hierbei das Programm APPEAR, da es für dieses keinen finanziellen Unterschied macht, ob Nicaragua ein aktuelles oder ehemaliges Schwerpunktland der OEZA ist.

Trotz der Beendigung der bilateralen EZA-Beziehung zwischen Nicaragua und Österreich gelangen auf indirektem Weg Gelder aus Österreich nach Lateinamerika, denn Österreich ist Teil der EU und diese pflegt zum Beispiel weiterhin die Beziehung mit der Süd-Süd-Kooperation SICA (IP7, 2017, Z. 336-339).

Abschließend kann daher gesagt werden, dass zwar die Partnerschaft zwischen Österreich und Nicaragua „in vielerlei Hinsicht [...] wirklich eine gute Zusammenarbeit“ (IP7, 2017, Z. 354) war, doch „die Politik [immer] eine wichtige Rolle [gespielt hat] und Entwicklung [...] etwas sehr Politisches“ (IP4, 2017, Z. 93f.) ist – was dann auch letzten Endes zur Schließung des letzten Schwerpunktlandes in Zentralamerika geführt hat.

5. Quellenverzeichnis

5.1. Literaturverzeichnis

ADA. (2007). *Geschäftsbericht 2006*. Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2006_ADA_Geschaeftsbericht.pdf

ADA. (2009). *Geschäftsbericht 2008*. Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2008_ADA_Geschaeftsbericht.pdf

ADA. (2010). *Geschäftsbericht 2009*. Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2009_ADA_Geschaeftsbericht.pdf

ADA. (2011). *Geschäftsbericht 2010*. Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2010_ADA_Geschaeftsbericht.pdf

ADA. (o. J.). Projekte. MIRIAM - Frauenförderungsprogramm in Nicaragua und Guatemala. Abgerufen 22. Dezember 2017, von <http://www.entwicklung.at/themen/projekte/detail/project/show/miriam-frauenfoerederungsprogramm-in-nicaragua-und-guatemala/>

AG Globale Verantwortung. (2016, August 25). 2005: Paris Declaration on Aid Effectiveness. Abgerufen 30. Juli 2017, von <https://www.globaleverantwortung.at/2005-paris-declaration-on-aid-effectiveness>

BMAA. (2003). *Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2004 bis 2006* (Dreijahresprogramm). Wien.

BMAA. (2005). *Außenpolitischer Bericht 2004* (Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussenpolitischer_Bericht_2004.pdf

BMAA. (2006a). *Außenpolitischer Bericht 2005* (Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussenpolitischer_Bericht_2005.pdf

BMAA. (2006b). *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2006 bis 2008* (Dreijahresprogramm). Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/3_JP/2006-2008_Dreijahresprogramm.pdf

BMeiA. (2007). *Außenpolitischer Bericht 2006* (Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussenpolitischer_Bericht_2006.pdf

BMeiA. (2008a). *Außenpolitischer Bericht 2007* (Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/Aussenpolitischer_Bericht_2007.pdf

BMeiA. (2008b). *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2008 bis 2010* (Dreijahresprogramm). Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publicationen/3_JP/2008-2010_Dreijahresprogramm.pdf

BMeiA. (2009). *Außenpolitischer Bericht 2008* (Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publicationen/AEPB/Aussenpolitischer_Bericht_2008.pdf

BMeiA. (2010). *Außenpolitischer Bericht 2009* (Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publicationen/AEPB/Aussenpolitischer_Bericht_2009.pdf

BMeiA. (2011a). *Außen- und Europapolitischer Bericht 2010* (Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publicationen/AEPB/Aussen-_und_Europapolitischer_Bericht_2010_2.pdf

BMeiA. (2011b). *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2010 bis 2012* (Dreijahresprogramm). Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publicationen/3_JP/2010-2012_Dreijahresprogramm.pdf

BMeiA. (2012a). *Außen- und Europapolitischer Bericht 2011* (Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publicationen/AEPB/Aussen-_und_Europapolitischer_Bericht_2011.pdf

BMeiA. (2012b). *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2013 bis 2015* (Dreijahresprogramm). Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publicationen/3_JP/2013-2015_Dreijahresprogramm.pdf

BMeiA. (2013). *Außen- und Europapolitischer Bericht 2012* (Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publicationen/AEPB/Aussen_und_Europapolitischer_Bericht_2012.pdf

BMeiA. (2014). *Außen- und Europapolitischer Bericht 2013* (Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publicationen/AEPB/Aussen_und_Europapolitischer_Bericht_2013.pdf

BMeiA. (2015). *Außen- und Europapolitischer Bericht 2014* (Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten). Wien. Abgerufen von https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publicationen/AEPB/Aussen_und_Europapolitischer_Bericht_2014.pdf

BMeiA. (2016). *Zukunft braucht Entwicklung. Entwicklung braucht Zukunft. Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2016 bis 2018* (Dreijahresprogramm). Wien. Abgerufen von http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publicationen/3_JP/2006-2008_Dreijahresprogramm.pdf

- Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.* (2005). Paris. Abgerufen von http://doku.cac.at/paris_declaration_german.pdf
- Europäische Kommission. (2007a, April 3). Länderstrategiepapier Nicaragua 2007-2013. Abgerufen 30. Juli 2017, von https://ec.europa.eu/europeaid/l%C3%A4nderstrategiepapier-nicaragua-2007-2013_de
- Europäische Kommission (Hrsg.). (2007b, April 3). Nicaragua. Länderstrategiepapier 2007 - 2013. Abgerufen von https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/csp-nicaragua-2007-2013_de.pdf
- Europäisches Parlament, Rat, & Kommission. (2006). *Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik* (Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union: „Der Europäische Konsens“ (Amtsblatt der EU 2006/C 46/01)). Abgerufen von http://ec.europa.eu/development/body/development_policy_statement/docs/edp_statement_oj_24_02_2006_de.pdf 3.12.2017
- Görgl, D., Imhof, K., Jäger, J., & Leubolt, B. (2011). Transformation monetärer Restriktionen: Nationale Strategien und regionale Kooperation in Lateinamerika. *Journal für Entwicklungspolitik*, 27(2), 67–91.
- Hödl, G. (2004). *Österreich und die Dritte Welt: Aussen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995*. Wien: Promedia.
- Hörtner, W. (2009, Juli). Nicaragua und Österreich. Abgerufen 18. März 2017, von <http://www.suedwind-magazin.at/nicaragua-und-oesterreich>
- Leonhard, R. (2006). Moralischer Bankrott einer Revolution. *Südwind*, Dezember 2006(12), 14–19.
- Leonhard, R. (2009a). Geteiltes Land. *Südwind*, Juli 2009(7–8), 16–17.
- Leonhard, R. (2009b, Juli). Geteiltes Land. Abgerufen von <http://www.suedwind-magazin.at/geteiltes-land>
- Leonhard, R. (2017). *Zentralamerika: Porträt einer Region* (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung). Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Mellmann, A.-K. (2016, November 7). Ohne Demokratie, aber im Trockenen [Kommentar]. Abgerufen 30. Juli 2017, von <https://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio-36157.html>
- Nicaragua: Ortega feiert umstrittenen Wahlsieg. (2011, November 7). *Spiegel Online*. Abgerufen von <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nicaragua-ortega-feiert-umstrittenen-wahlsieg-a-796209.html>
- Nicaragua: Rückkehr der Rebellen. (2013, Dezember 16). *Der Spiegel*, 51. Abgerufen von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-123826493.html>
- OECD. (2005). *The Paris Declaration on Aid Effectiveness and the Accra Agenda for Action*. Abgerufen von <http://www.oecd.org/dac/effectiveness/34428351.pdf>
- OECD. (2009). *Austria* (Peer Review). Wien. Abgerufen von <http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/CRC%20Austria%2010jun.pdf>
- Rat der Europäischen Union. (2006). *II. Gipfeltreffen EU - Zentralamerika am 13.*

Mai 2006 in Wien, Österreich (Gemeinsames Kommuniqué No. 9337/06 (Presse 139)). Brüssel. Abgerufen von <http://www.eu2006.at/includes/images/EULAC/1305JointCommuniqueCentralAmericaDE.pdf>

Rathkolb, O. (2011). *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010*. Haymon Verlag.

Redaktion der Standard. (2007, April 6). Rückkehr des Revolutionärs als Populist. Abgerufen 30. Juli 2017, von <http://derstandard.at/2650840/Rueckkehr-des-Revolutionaers-als-Populist>

Slezak, G. (2010). Länderinformation Nicaragua. República de Nicaragua - NIC (Republik Nicaragua). ÖFSE.

Weiss, S. (2011, November 7). Betrugsvorwürfe nach Wahlsieg von Ortega. Abgerufen 30. Juli 2017, von <http://derstandard.at/1319182119428/Betrugsvorwuerfe-nach-Wahlsieg-von-Ortega>

5.2. Interviewverzeichnis: Interviewpartner_innen (IP)

Alle Interviews wurden von der Verfasserin persönlich durchgeführt und transliteriert.

IP1 (2017): Journalist_in und Lateinamerikaexpert_in. Wien, 17.10.2017

IP2 (2017): Mitglied einer Durchführungsorganisation der OEZA. Wien, 25.10.2017

IP3 (2017): Journalist_in, Nicaragua-Expert_in, Wahlbeobachter_in bei den Kommunalwahlen 2008. Wien, 14.11.2017

IP4 (2017): Expert_in für EZA mit lokaler Erfahrung. Wien, 16.11.2017

IP5 (2017): Mitglied einer Durchführungsorganisation der OEZA. Wien, 17.11.2017

IP6 (2017): Journalist_in und Lateinamerikaexpert_in. Wien, 24.11.2017

IP7 (2017): Expert_in für Entwicklungspolitik im Bereich Strategieentwicklung.
Wien,

30.11.2017

5.3. Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: BMELIA „EINE GEMEINSAME ENTWICKLUNGSPOLITIK“,

DREIJAHRSPROGRAMM 2016 - 2018, S. 2212